

BERLIN

Die Woche



Informationsschrift der CDU-Bundestagsabgeordneten Ingrid Fischbach (Wahlkreis Herne-Bochum III)

Liebe Leserinnen und Leser!

In der heutigen Wirtschaftsdebatte hat unser Fraktionschef Friedrich Merz mit dem „10-Punkte-Programm zur Wiederbelebung der deutschen Wirtschaft und des Arbeitsmarktes“ die Debatte eröffnet.

Obwohl die rot-grüne Bundesregierung versucht, die Verantwortung für die schlechte wirtschaftliche Lage auf andere abzuschieben, wahlweise auf die Konjunktur in den USA oder die Opposition, müssen wir deutlich machen, daß sie einzig und allein vor allem aber die Konsequenz einer verfehlten Wirtschafts-, Steuer- und Arbeitsmarktpolitik der Regierung Schröder ist. Neue Belastungen und Regulierungen für Unternehmer und Arbeitnehmer, eine einseitig an den Belangen international tätiger Großunternehmen ausgerichtete Steuerreform haben die derzeitige Lage verursacht.

Dagegen stellen wir unser 10-Punkte-Programm. Es ist kein Konjunkturprogramm, sondern verbessert langfristig die Rahmenbedingungen. Es korrigiert nicht nur die Fehler der letzten zwei Jahre, es bietet Perspektiven. Die Reaktionen aus der Wirtschaft bestätigen uns. (Mehr dazu auf S.2)

Ifc

Ingrid Fischbach

In dieser Ausgabe

- Zehn Punkte für Deutschland – Entlastung für Arbeitnehmer und Wirtschaft ...S.2
- Kosten der Kindergelderhöhung zu niedrig veranschlagt ...S.3
- Vor Parlamentsbeschluß Forschung an embryonalen Stammzellen unterlassen ...S.4
- Religion muß Lehrfach bleiben ...S.5
- Kein Geld für Energieberatung ...S.5
- Wohnungsbauförderung nach Rot-Grün ...S.5
- Stiftung „Bildungstest“ beantragt ...S. 6
- ABM-Kräfte als SPD-Wahlkampf helfer ...S. 6



Ingrid Fischbach MdB

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: (030) 227-71074
Fax: (030) 227-76436

ingrid.fischbach@bundestag.de

Zehn Punkte für Deutschland - Entlastung für Arbeitnehmer und Wirtschaft



►► | Wir fordern die Bundesregierung auf, in einem 10-Punkte-Programm die deutsche Wirtschaft und damit gleichzeitig den Arbeitsmarkt durch grundlegende Reformen wiederzubeleben.

Nicht erst morgen, sondern heute braucht die deutsche Wirtschaft Reformen und damit eine Perspektive für die kommenden Jahre. Die schnellstmögliche Umsetzung folgender Punkte ist dringend erforderlich:

Die für das Jahr 2003 und 2005 vorgesehenen Tarifsenkungen der Steuerreform sollen auf das Jahr 2002 vorgezogen werden. Das Steuerrecht ist zu vereinfachen. Personenunternehmen müssen Kapitalgesellschaften in der Entlastung angeglichen werden. Die Ökosteuernerhöhungen für 2002 und 2003 sollen ersatzlos gestrichen werden.

Die unsinnigen Regelungen zum 630,- DM-Gesetz, zum Gesetz gegen die Scheinselbstständigkeit, die Einschränkung befristeter Arbeitsverhältnisse und die Regelungen zur Teilzeitarbeit sollen geändert werden. Flexibilität und Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes sollen gesteigert werden. Arbeitnehmer müssen mehr Möglichkeiten haben, mit ihrem Arbeitgeber eigene Bedingungen zu verhandeln. Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe müssen zusammengeführt und so ausgestaltet werden, daß Anreize zur Arbeitsaufnahme geschaffen werden. Bei Verweigerung muß der Anspruch auf soziale Leistungen verloren gehen.

Unser Programm ist kein Konjunkturprogramm. Wir schmeißen keine Steuergelder für einen kurzfristigen Show-Effekt heraus. Wir verbessern die Rahmenbedingungen langfristig und geben unserem Land mehr Freiheit zurück. Die positiven Reaktionen aus der Wirtschaft unterstützen uns. ◀◀

Kosten der Kindergelderhöhung zu niedrig veranschlagt



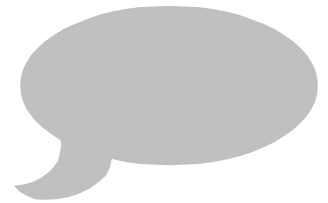
► Der Bundesrat hält die Kosten der für 2002 geplanten Erhöhung des Kindergeldes für zu niedrig veranschlagt. Dies geht aus seiner Stellungnahme zu einem Entwurf der Bundesregierung für ein zweites Gesetz zur Familienförderung hervor.

In diesem Entwurf werden die Kosten mit rund 300 Millionen DM angegeben. Ausgehend von Gesamtkosten von 6,3 Milliarden DM ergibt sich ein Ausgleichsanspruch der Länder von rund 2 Milliarden DM, rechnet die Länderkammer vor. Der Bundesrat erwartet, daß dies im weiteren Gesetzgebungsverfahren korrigiert und der Anteil der Länder am Aufkommen der Umsatzsteuer entsprechend erhöht wird.

Die finanziellen Belastungen, die sich aus der Kindergelderhöhung ergeben, sind zwischen Bund und Ländern im Verhältnis 74 zu 26 zu tragen, wohin gegen der Gesetzentwurf die Lasten nach den Anteilen am Aufkommen der Einkommensteuer vorsieht.

Es muß aber vermieden werden, daß durch die geplante Abschmelzung des Haushaltsfreibetrages vor allem in den Jahren 2003 bis 2005 Alleinerziehende von geplanten Verbesserungen nicht profitieren können. Dies gilt umso mehr, als Alleinerziehende die Vorteile des Ehegattensplittings nicht in Anspruch nehmen können.

Um Schwarzarbeit zu verhindern, sollen zudem die steuerliche Förderung der Beschäftigung von Haushaltshilfen in Familien nicht völlig aufgegeben werden. Geboten ist es, Dienstleistungsagenturen zu fördern, um sie marktfähig zu machen. Die Marktfähigkeit sei kaum zu erreichen, da die Agenturen mit Schwarzmarktpreisen von etwa 15 DM pro Stunde konkurrieren müssen. ◀◀



Spruch der Woche

"Wenn der Kanzler die Südländer mit ihrem robusten Wachstum nicht hätte, wäre er ein ganz armer Hund."

Edmund Stoiber,
Ministerpräsident von
Bayern, über die
Konjunktur in
Deutschland

Vor Parlamentsbeschluß Forschung an embryonalen Stammzellen unterlassen



▶▶ Nach Ansicht unserer Fraktion muß sowohl der Import von als auch die Forschung an embryonalen Stammzellen in Deutschland unterbleiben, bis der Bundestag dazu eine Entscheidung getroffen hat.

Wir fordern in unserem Antrag weiter, diese Parlamentsentscheidung auf der Grundlage einer Empfehlung der Enquete-Kommission "Recht und Ethik der modernen Medizin" zu treffen.

An die Bundesregierung ergeht die Aufforderung, bis zu einer endgültigen Entscheidung des Parlaments sicherzustellen, daß kein Import solcher Stammzellen nach Deutschland stattfindet, deren Gewinnung die Tötung von Embryonen voraussetzt.

Darüber hinaus soll der Bundestag an die Adresse der Deutschen Forschungsgemeinschaft die Erwartung formulieren, daß diese vor einem Parlamentsbeschluß keine entsprechenden Forschungsvorhaben fördert.

Nach unserem Willen soll der Bundestag an die Wissenschaftler in Deutschland appellieren, bis zu einer Entscheidung vom Import von und der Forschung an embryonalen Stammzellen abzusehen.

Der Gesetzgeber konnte bei der Verabschiedung des Embryonenschutzgesetzes im Jahre 1991 nicht vorhersehen, daß der Fortschritt im Bereich der Bio- und Gentechnologie die Gewinnung von und Forschung an embryonalen Stammzellen ermöglicht.

Import und Forschung, für deren Gewinnung die Tötung des Embryos Voraussetzung sei, sind deshalb nicht erfaßt.

Insofern besteht eine Gesetzeslücke. ◀◀

Religion muß Lehrfach bleiben

▶▶ | Die Fraktion hat vor dem Verfassungsgericht Klage dagegen erhoben, daß in Brandenburg Religion nicht mehr als ordentliches Lehrfach angeboten wird. Dies verstößt unserer Ansicht nach gegen das Grundgesetz. Ethische und religiöse Werte lassen sich nicht ohne Bekenntnis zu Werten vermitteln. Wir sehen darin den Versuch, die pädagogische Bedeutung des Religionsunterrichts in ganz Deutschland herabzustufen. ◀◀



Kein Geld für Energieberatung

▶▶ | Während die Regierung bekanntlich spitze darin ist, die Energie zu verteuern und die Bürger abzukassieren, ist ihr Aufruf zum Energiesparen pure Heuchelei. Die Mittel für die Energieberatung der Verbraucherverbände wurden für 2001 nicht nur um 10 Prozent gesenkt. Aus diesem Topf will die Regierung noch Geld für andere Programme abziehen, wie sie jetzt im Ausschuß für Verbraucherschutz auf unser Nachfragen einräumen mußte. Im letzten Quartal 2001 wird die Beratung deshalb komplett eingestellt werden müssen. Darüber hinaus bestätigte die Regierung Pläne, nach denen die mobile Energieberatung per Bus im ländlichen Raum und in der Fläche im nächsten Jahr komplett gestrichen werden soll. ◀◀



Wußten Sie schon ...

... daß das Internet zunehmend zum Medium für Privatleute wird? Nach Angaben der für die Domains zuständigen Deutsche Network Information Center (Denic) befinden sich inzwischen 80 Prozent der deutschen Internetadressen in der Hand privater Anwender. Dagegen waren 1994 drei Viertel aller Domains auf Firmen eingetragen. Gegenwärtig existieren in Deutschland über vier Millionen elektronische Anschriften.

Wohnungsbauförderung nach Rot-Grün

▶▶ | Rot-Grün hat zu Zeiten der alten Bundesregierung kritisiert, daß wir in den sozialen Wohnungsbau „nur“ zwischen 2-4 Milliarden DM jährlich gesteckt haben. Unter Rot-Grün wurden die Mittel auf 0,45 Mrd. DM zusammengestrichen. Sie hat ihre vielen Wahlversprechen, in diesem Fall eine gesetzliche Verstetigung der Mittel, auch hier gebrochen. Die Folgen sind

jetzt zu spüren: Die Baugenehmigungen sind Anfang 2001 um 24 Prozent zurückgegangen. Wahrscheinlich zum „Ausgleich“ hat sie nun im Bauministerium die Unterabteilung „Wohnungsbauförderung“ aufgelöst. <<<



Stiftung „Bildungstest“ beantragt

▶▶ | Die CDU/CSU-Fraktion hat im Bundestag einen Antrag zur Gründung einer „Stiftung Bildungstest“ eingebracht. Die Stiftung soll Investitionen im Bildungsbereich fördern, indem sie Auskunft gibt, welche Weiterbildungsentscheidungen Erfolg bringen. Sie soll Weiterbildungsangebote bewerten und vergleichen und unabhängige Informationen zu Angebot und Qualität zur Verfügung stellen. Sie soll helfen, einen transparenten und offenen Weiterbildungsmarkt herzustellen. <<<



... das Allerletzte!

ABM-Kräfte als SPD-Wahlkampfhelfer?

▶▶ | Der Hamburger „Verein zur Betreuung von Arbeitslosen und -selbsthilfegruppen“ ist zu einer Rückzahlung an die Bundesanstalt für Arbeit von über 30000 DM verurteilt worden. ABM-Kräfte wurden von ihm widerrechtlich zum Anstreichen eines DGB-Heimes verdonnert bzw. mußten bei DGB-Veranstaltungen Kellner spielen.

Laut Presseberichten soll der Verein auch ABM-Kräfte im Bundestagswahlkampf 1998 als SPD-Wahlkampfhelfer eingesetzt haben. Die Bundesregierung konnte oder wollte in einer Fragestunde keine Antwort geben, ob die bekannten engen personellen Verflechtungen zwischen dem Verein, dem DGB und der SPD dafür verantwortlich seien. Aufgrund einer schriftlichen Anfrage dazu wird sie aber in der nächsten Zeit Stellung nehmen müssen. <<<

"Es ist vorteilhafter, in Deutschland als Arbeitsloser zu leben, als in Rumänien Präsident zu sein."

Ion Iliescu,
rumänischer
Staatspräsident, der
feststellte, daß ein
Arbeitsloser in
Deutschland 2300 Mark
erhalten kann, er aber nur
1250 Mark bekommt.